

N i e d e r s c h r i f t der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 03.04.2007

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	bis 19:30 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Hendrik Lange	Die	
	Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die	bis 19:45 Uhr
	Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Die	bis 19:45 Uhr
	Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	bis 19:30 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Maike Fischer	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Frau Helga Koehn	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Wolfgang Pannicke	SKE	
Herr René Trömel	SKE	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Frau Monika Engelhardt	SKE	
Frau Julia Faltus	SKE	
Herr Andreas Schachtschneider	SKE	

Es fehlten:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	in Vertretung Herr Dr. Justus Brockmann bis 19:30 Uhr

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.03.2007
4. Vorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005
Diskussion und Beschluss
Vorlage: IV/2007/06261
 - 4.2. Namensgebung einer schulischen Einrichtung
- Beschluss -
Vorlage: IV/2007/06244
 - 4.3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen
Vorlage: IV/2007/06280
5. Anfragen
6. Anregungen
7. Mitteilungen
 - 7.1. Information zum Stand der Aufnahme/Einweisung von Schülerinnen und Schülern in weiterführende Schulen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Bergner eröffnet die Sitzung, begrüßt Mitglieder, Verwaltung und Gäste
Beschlussfähigkeit: gegeben (vgl. Anwesenheit)

Einladung erfolgte ordnungsgemäß

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Bergner kritisiert die verspätete Versendung der Vorlage der geänderten Beschlussfassung zum Haushalt.
Änderungen sind nicht überschaubar. Kürze der Zeit ermöglichte kein tief greifendes Studium der Vorlage.
Frau Wolff, Frau Nagel und Frau Schwabe schließen sich der Position von Frau Dr. Bergner an.

Herr Dr. Marquardt verweist auf die Zeitschiene der Vorlage. Mit der evtl. Absetzung des HH-Planes von der TO ist Zeitschiene nicht mehr realisierbar. GB IV soll am 03.05. die Abschlussberatung mit dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften durchführen, der nächste BA findet aber erst am 15.05. statt. Einhaltung der Zeitschiene nur möglich, wenn BA vor dem 03.05. eine Sondersitzung durchführt.

Frau Wolff verweist auf die März-Sitzung des BA und fragt ob der Investitionsplan mit in den Haushalt einfließt.

Frau Dr. Bergner bestätigt, dass er heute diskutiert werden soll. Eine Änderung der TO sollte deshalb so erfolgen, dass dieser Teil heute beschlossen wird.

Herr Hildebrand erläutert nochmals die Einordnung der Prioritätenliste und bestätigt die Ausführungen von Frau Dr. Bergner.

Frau Dr. Bergner stellt die geänderte TO zur Abstimmung

Beschluss:

Einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.03.2007

Beschluss:

Einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorlagen

**zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007,
sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005
Diskussion und Beschluss
Vorlage: IV/2007/06261**

Herr Hildebrand verweist auf die Zuarbeiten, welche den Ausschussmitgliedern vorliegen um die Fragen der letzten Sitzung zu beantworten. Das Investitionsprogramm muss nochmals diskutiert werden.

Frau Wolff fragt an, wieso die Betriebskosten so hoch sind. Bemängelt fehlende Transparenz, insbesondere in Zusammenhang mit „Klimaschutz macht Schule“ sind beteiligte Schulen nicht ersichtlich, obwohl sie weiß, dass Schulen Anträge gestellt haben.

Herr Hildebrand verweist auf die mit der Einladung übergebenen Zuarbeiten, die detailliert die Anfragen der letzten Diskussion beantworten.

Bezüglich der Anträge von Schulen zum Klimaschutz bittet er um konkrete Benennung der Schulen die Anträge gestellt haben sollen.

Frau Dr. Bergner bittet das ZGM um eine Begründung der hohen Betriebskosten.

Frau Walter antwortet, dass 2006 erstmals konkrete Abrechnung über SAP erfolgte. 2005 erfolgte nur auf der Basis der Daten von 2004, welche keiner exakten Planungsbasis entsprachen, dies ist erst jetzt möglich. Somit auch teilweise starke Abweichungen von Planungsansatz und Ist in den Jahren 2004 und 2005. Hinzu kommen teilweise erhebliche Preisanstiege, wie z. B bei Strom auf 129 % und bei Abwasser auf 109 %.

Sie erläutert weiter, dass durch die Zusammenfassung in Gruppen Mehr- bzw.

Minderausgaben gegeneinander aufgerechnet werden. Die Planungsgrundlagen sehen aber eine detaillierte Ausweisung nicht vor.

Dem Fachbereich liegen aber die detaillierten Aufschlüsselungen auf jedes einzelne Schulobjekt vor.

Herr Dr. Marquardt ergänzt, dass die derzeit geltenden Planungsgrundsätze öffentlicher Haushalte diese Aufschlüsselung nicht vorsehen.

Deshalb sind für die Diskussion zwei Dokumente, der Entwurf des HH-Planes und eine differenzierte Objekt bezogene Aufschlüsselung erforderlich.

Herr Bauersfeld fragt an, warum in den PPP-Schulen in den letzten drei Jahren ein Aufwuchs um ca. 2,5 Mill. € zu verzeichnen ist.

Frau Walter kann dazu nichts sagen, da dazu die Unterlagen im Moment nicht vorliegen.

Frau Wolff fragt nach dem Aufwuchs der Telefonkosten und welche Veränderungen machbar wären.

Frau Walter antwortet, dass die telefonische Versorgung des Fernsprechnetzbundes der Stadt Halle (Saale) sowie einzelner anderer kommunalen Einrichtungen nicht über einen gesonderten Vertrag zwischen der Telekom und der Stadt Halle (Saale) erfolgen, sondern über eine von Herrn Dr. Rauen unterzeichnete Beitrittserklärung in den " Vertrag über ein Telekom Designet Network Kommunen Sachsen-Anhalt" (TDN-Vertrag).

Dieser Vertrag ist das Ergebnis einer europaweitem Ausschreibung für Telefondienstleistung des Landes Sachsen-Anhalt.

Grundlage des Vertrages ist ein Volumenrabatt für das Telefongesprächsaufkommen aller Landes- und Kommunalverwaltungseinrichtungen des Landes Sachsen Anhalt und damit für die einzelne Kommune schlecht bzw. nicht verhandelbar.

Der Vertrag bietet bei durchgängig guter Versorgungssicherheit, Versorgungsqualität und Datenschutzgewährung einen durchschnittlichen Gebührenrabatt von ca. 41 % gegenüber AGB.

Die Kündigungsfrist beträgt 6 Kalendermonate (nach Ablauf der Vertragslaufzeit von 36 Kalendermonaten).

Herr Dr. Marquardt verweist nochmals auf die Notwendigkeit einer Sondersitzung um die Zeitschiene einzuhalten und bittet den Ausschuss um ein Votum dazu.

Herr Bauersfeld und Frau Schwabe kritisieren die unabgestimmte Zeitschiene der Vorlage und die Unübersichtlichkeit des Zahlenmaterials.

Herr Dr. Marquardt verweist nochmals darauf, dass die derzeit geltenden landesweiten Planungsgrundsätze dies nicht vorsehen. Auf Grund der weiteren SAP-Einbindung und der Kosten-Leistungsrechnung ist die Verwaltung aber in der Lage dieses Zahlenmaterial zu liefern.

Herr Hildebrand verweist auf das Änderungsblatt des Fachbereiches zum Investitionsplan, welches in die neue Vorlage eingearbeitet ist.
Es ist nicht erforderlich über einzelne Anschaffungen (z. B. Beamer) abzustimmen. Abgestimmt werden sollten aber die Vorschläge der Verwaltung zur Schulbauförderung und zum Brandschutz.
Hier (Brandschutz) sind 4 Grundschulobjekte vorgesehen.

Für die GS Büschdorf war die Summe nicht konkret bekannt. Nach Erstellung des Brandschutzkonzeptes zeigte sich eine Differenz von 135 T€ Mehrkosten als ursprünglich angenommen.
Deckung der Mehrkosten zusätzlich nicht möglich. Nach Aussage des ZGM aber auch eine teilweise Umsetzung des Brandschutzkonzeptes nicht realisierbar.
Weitere GS Standorte für die ein Brandschutzkonzept umzusetzen ist, sind Kröllwitz, Dölau und Nietleben.

Frau Thieme kritisiert die Verwaltung. Die Eltern der GS Büschdorf würden fehlinformiert werden. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die sehr gute Arbeit der GS und die bisher erreichten Erfolge (u.a. Umweltschule). Sie fragt nach warum an anderen Standorten keine Raumsperren erfolgen und warum an anderen Standorten billigere Ausführungen machbar.

Herr Hildebrand erläutert, dass seitens der Verwaltung für das Brandschutzkonzept Büschdorf 200 T€ vorgesehen waren, ohne dass dieser Summe eine Planung zu Grunde lag. Die Planung liegt nun vor und die Kosten belaufen sich auf 355 T€. Wie bereits erwähnt ist aber eine schrittweise Umsetzung nicht machbar.

Nach dem die Eltern der Grundschule bei Frau Häußler vorgesprochen haben wurde die sofortige Veranlassung der Ausführungsplanung für die GS Büschdorf festgelegt. Wenn dies abgeschlossen ist kann geklärt werden, welche Maßnahmen über ZGM, Eltern u.a. machbar sind.

Herr Hildebrand verweist weiter darauf, dass ein zusätzliches Problem besteht mit der Bereitstellung von Planungsmitteln für Maßnahmen aus dem Schulbauförderprogramm für 2006.

Er führt weiter aus, dass im Gegensatz zu Büschdorf an den Standorten Kröllwitz, Dölau und Nietleben eine Sperrung des Obergeschosses nicht möglich ist, da ohne diese Räume der Unterricht an diesen Standorten nicht mehr gesichert werden kann. Eine Auslagerung von Klassen nach Heide-Nord oder Neustadt wäre die Folge.

Herr Bauersfeld fordert die Darstellung der Kosten für Büschdorf.

Herr Hildebrand wird mit dem ZGM eine Einsicht für Herrn Bauersfeld abstimmen.

Frau Dr. Stark sieht das Aus für Büschdorf, da bis 2010 keine weiteren Mittel für Büschdorf ausgewiesen sind.

Herr Hildebrand gibt nochmals bekannt, dass die vorliegende Aufschlüsselung ein Verwaltungsvorschlag ist.

Es wird nicht ausgewiesen was durch die Stadt ggf. selbst über Bauunterhaltung gemacht werden kann.

Im HH-Plan 2008 muss für die Grundschule Büschdorf jedoch etwas ausgewiesen werden.

Zum Schulbauförderprogramm informiert Herr Hildebrand, dass die geplante Einweisung des Landesverwaltungsamtes abgesetzt wurde. Bisher liegt kein Erlass des Landes vor. Damit sind auch keine konkreten Planungen z.Z. realisierbar.

Frau Wolff regt eine Änderung der Rangfolge zwischen den Plätzen 1 und 2 an.

Herr Kneissl und Frau Dr. Bergner unterstützen dieses Anliegen.

Herr Lange fragt an, warum GS Büschdorf nicht in der Prioritätenliste erscheint. Ggf. Büschdorf an Stelle der Sanierung von Turnhallen setzen.

Frau Wolff möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob die Stadt Mittel für Büschdorf einstellt, wenn es ein Objekt im Förderprogramm ist.

Herr Hildebrand antwortet, dass auch andere Grundschulen keine Priorität haben, wo Brandschutzmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Dazu gibt es keinen Zeitplan, schrittweise Realisierung über Bauunterhaltung vorgesehen. Bezüglich der Aufnahme in das Förderprogramm würde die Stadt den erforderlichen Eigenmittelanteil sicherstellen, keine weiteren Mittel.

Frau Dr. Bergner bittet um Abstimmung zur Prioritätenliste nach Plätzen unter der Maßgabe des Tausches der Plätze 1 und 2

Platz 1 (Sekundarschule Wittekind)	Abstimmung:	Zustimmung: 7x Enthaltung: 3x
Platz 2 (IGS)	Abstimmung:	Zustimmung: 10x
Platz 3 (GS Diesterweg)	Abstimmung:	Zustimmung: 10x
Platz 4 (Cantor Gymnasium TH)	Abstimmung:	Zustimmung: 9x Enthaltung: 1x
Platz 5 (GS Heiderand)	Abstimmung:	Zustimmung: 10x
Platz 6 (GS Frohe Zukunft)	Abstimmung:	Zustimmung: 10x
Platz 7 - 10 (Turnhallen)	Abstimmung:	Zustimmung: 10x

**zu 4.2 Namensgebung einer schulischen Einrichtung
- Beschluss -
Vorlage: IV/2007/06244**

Der Bildungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, dem Antrag auf Umbenennung des Gymnasiums Katowicer Straße in

Gymnasium Südstadt

zuzustimmen.

Beschluss:

10 x Zustimmung
0 x Ablehnung
0 x Enthaltung

**zu 4.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen,
Plätzen und öffentlichen Einrichtungen
Vorlage: IV/2007/06280**

Der Bildungsausschuss vertagt die Diskussion und Beschlussfassung zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen in die Ausschusssitzung am 15.05.2007.

Beschluss:

Zustimmung: 10 x
Ablehnung: 0 x
Enthaltung: 0 x

einstimmig angenommen

zu 5 Anfragen

—

zu 6 Anregungen

Herr Lange fragt nach dem Stand der vorgesehenen Auflösung der Außenstelle der Sekundarschule Zeitzer Straße.

Herr Zschocke informiert, dass die Verwaltung beabsichtigt, die Außenstelle umzusetzen und im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2008/09 die Zusammenlegung des Hauptstandortes mit der Außenstelle zu beschließen.

Herr Lange fordert entsprechend der bisherigen Beschlussfassung die Außenstelle am Standort Radewell zu belassen oder einen entsprechenden Beschlussvorschlag einzubringen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Information zum Stand der Aufnahme/Einweisung von Schülerinnen und Schülern in weiterführende Schulen

Herr Hildebrand informiert über den Stand des Wechsels an die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2007/08 (vgl. Anlage)
Er weist insbesondere darauf hin, dass nur drei Sekundarschulen die vorgegebene Mindestschülerzahl erreichen.

Das bedeutet, dass für die Sekundarschulen Francke, Schiller, Fliederweg und Sport erneut Ausnahmegenehmigungen beantragt werden müssen. Das gleiche trifft für die Gymnasien Katowicer Straße, Chr. Wolff und das Sportgymnasium zu.

Die Stadt wird die entsprechenden Anträge beim Landesverwaltungsamt stellen, die Genehmigung ist aber offen.

Herr Hildebrand informiert weiter, dass die Schülerzahl für den Gymnasialzweig der KGS Humboldt nur eine erlassgerechte Größe durch die Zuführung von Schülern aus dem Saalkreis erreicht. Anmeldungen dazu liegen beim Landratsamt Saalkreis vor und die Stadt hofft auf die Genehmigung durch den Landkreis.

zu 7.2 Brief des Staatssekretärs

Frau Dr. Bergner informiert über ein Antwortschreiben des Kultusministeriums auf den Brief des Bildungsausschusses zu den Sportschulen in Halle und gibt den Inhalt des Briefes zur Kenntnis.

Sie regt an, das Angebot des Staatssekretärs zu einer Gesprächsrunde anzunehmen.

Herr Kneissl gibt zu bedenken, dass das Gespräch nur von Erfolg sein kann, wenn der Bildungsausschuss ein eigenes umsetzbares Konzept für die Sportschulen vorweisen kann.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

gez.
Jürgen Zschocke
Protokollführer

Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende